

**Wortprotokoll zu:
EP 03 Bericht Nr. 1 und EP 07,
Kapitel 0750, Titel 54010**

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

17. Sitzung
18. Mai 2022

Beginn: 10.04 Uhr
Schluss: 17.37 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD);
zeitweise Stephan Schmidt (CDU);
zeitweise Dr. Manuela Schmidt (LINKE)

Vorsitzende Franziska Becker Ich rufe auf:

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister

hierzu liegt vor:

- a) Stellungnahme des Ausschusses für Engagement, [0200 V](#)
Bundesangelegenheiten und Medien vom 04.05.2022 Haupt
zur
Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

hier nur: Nummern 1 bis 6 der Anlage der Stellungnahme, die den einzelnen Titeln zugeordnet worden sind.

- b) Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 03

[0200 AI](#)
Haupt

Hinweis: Der Änderungsantrag lfd. Nr. 1 ist dem Titel zugeordnet worden.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 03**

[0200 AR](#)
Haupt

Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 8 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.

- d) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 03

[0200 AS](#)
Haupt

Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 10 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage RBm – Skzl – ZS B – vom 02.05.2022
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: Nr. 1 - Arbeitsabläufe
(Berichtsaufträge aus der 9. Sitzung vom 30.03.2022
und gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21)
Einzelplan 03

[0270](#)
Haupt

Es wurde um die Anwesenheit der Frau Regierenden Bürgermeisterin von Berlin, Frau Franziska Giffey, gebeten, die ich hier sehr herzlich begrüße. Ebenso begrüße ich Herrn Chef der Senatskanzler, Dr. Fischer, und die begleitenden Mitarbeitenden aus der Senatskanzlei.

Gibt es Wortmeldungen der Fraktionen zur allgemeinen Begründung Ihrer Änderungsanträge oder allgemein? – Die sehe ich nicht. Dann erteile ich Frau Regierender Bürgermeisterin das Wort.

Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Vielen Dank! Ich freue mich, dass wir heute hier im Ausschuss die Gelegenheit haben, nochmal über die Schwerpunkte zu sprechen und ich Ihnen vorstellen kann, was mir wichtig ist für diesen Doppelhaushalt und für unsere Tätigkeit in der Senatskanzlei.

Ich beginne mit dem Thema der Engagement- und Demokratieförderung, einem Feld, das nicht nur in der Senatskanzlei von großer Bedeutung ist, sondern sich über alle Ressorts erstreckt und auch in einer Zeit verhandelt wird, in der wir alle von den großen Folgen, die der Ukrainekrieg in Berlin mit sich bringt, und in der wir uns immer wieder darüber verständigen

müssen, wie wir unsere demokratischen Zusammenhänge, unser Engagement in der Stadt stärken, und in der wir sehen, dass sich Berlin gerade in diesen Zeiten als Stadt der offenen Arme und offenen Herzen engagiert, dass wir sehr viele Menschen in unserer Stadt haben, die Hilfe aus der Zivilgesellschaft organisieren. Deshalb ist es für den Doppelhaushalt wichtig, darüber zu sprechen, wie wir dieses ehrenamtliche Engagement, das sich über viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erstreckt, unterstützen können.

Wir haben ein klares Bekenntnis zur Umsetzung der Berliner Engagementstrategie 2020-2025 und setzen bereits eine Vielzahl von Vorhaben um. Wir wollen die Zivilgesellschaft stärker einbeziehen, um gemeinsam die nächsten Schritte zu beraten. Ein Beispiel dafür ist die Gründung unseres zivilgesellschaftlichen Beirats für das Ukraine-Krisenmanagement. Ich lade gemeinsam mit unserer Bevollmächtigten für Engagement und Ehrenamt dazu ein. Es bringt wirklich sehr viel, dass wir auch für das Ukraine-Krisenmanagement im regelmäßigen Dialog mit der Zivilgesellschaft sind. Dazu gehören die Freiwilligenagenturen, die in allen Bezirken ein Stück weit das Matching machen zwischen ehrenamtlichen Engagement und Einsatzfeldern und den Menschen, die sagen: Ich möchte gern etwas tun. – Wir haben uns entschlossen, den Ausbau der Stadtteilzentren voran zu bringen und auch das Förderprogramm Digitale Zivilgesellschaft aufzulegen, damit wir die Zivilgesellschaft bei diesen Herausforderungen bei der Digitalisierung unterstützen können.

Dazu gehört ebenso das Landesnetzwerk Bürgerengagement, das wir unterstützen, und auch die Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die eine nationale Stiftung ist, und die wir hier in Berlin nutzen. Wir haben unsere Freiwilligenbörse, aber auch die Stiftungstage, zwei bewährte Formate, die wir fortführen möchten, um Vernetzung und Austausch zu fördern. Wir haben ein aktives Stiftungsgeschehen in der Stadt, gerade die Neustifter und Neustifterinnen, 34 neue Stiftungen allein im letzten Jahr, sind eine Größe. Vor Kurzem haben wir sie im Rathaus zum Neustifterempfang empfangen können, die sich alle gesellschaftlich engagieren.

Wir haben uns in der Zusammenarbeit mit Berlin-Brandenburg vorgenommen, dass wir die Ehrenamtskarte weiterentwickeln. Dazu gibt es eine gute Botschaft, die tatsächlich auch schon in der Umsetzung ist, nämlich seit den 6. Mai, seit ein paar Tagen, haben wir geregelt, dass die Vergünstigungen der Ehrenamtskarte auch für Inhaberinnen und Inhaber der Juleica gelten. Das soll ein starkes Signal an die Jugend sein, dass wir hier das junge Engagement unterstützen und sagen: Wer sich als Jugendleiter engagiert, soll auch von der Ehrenamtskarte profitieren.

Genauso geht es – das haben wir in den letzten Wochen gesehen – nicht nur um die Zivilgesellschaft und die Landesregierung, sondern auch um das Unternehmertum in der Stadt, eine engagierte Wirtschaft, die sich in der Stadt einbringt. Deshalb wollen wir auch das Thema engagierte Unternehmen besonders würdigen. Das wird in diesem Jahr weiter vorangetrieben, auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsverwaltung und unserem Neustart-Programm für die Berliner Wirtschaft.

Wir haben unseren Preis „Farbe bekennen“, der natürlich weiterentwickelt wird, den wir auch fortführen. Dabei geht es auch um den Aspekt Sichtbarkeit des Engagements in unserer Stadt. Wir haben hier unser Engagementportal „bürgeraktiv“, das wir ausbauen wollen und Leuchtturmprojekte wie die Urania, das soll ja ein Haus der Demokratie hier in Berlin werden. Wir

haben es geschafft, Bundesmittel in Größenordnungen zu akquirieren. Das beginnt jetzt. Es soll ein Haus werden, das gesellschaftliche Teilhabe, lebenslanges Lernen und Mitmachen in einem Bürgerforum für alle tatsächlich ermöglicht.

Ein darüber hinaus gehendes Beteiligungsprojekt ist, wie der Name schon sagt, der Beteiligungshaushalt, bei dem es darum geht, Bürgerinnen und Bürger an der Verausgabung öffentlicher Gelder stärker zu beteiligen. Wir wollen die Bürgerräte in den Bezirken fördern. Da gibt es bereits ein Modellprojekt mit Tempelhof-Schöneberg. Es geht darum, dass auch andere Bezirke die Bürgerräte stärker in die Mitbestimmung ziehen.

Wir haben am 15. September unseren Demokratietag. Der findet alljährlich statt, auch in diesem Jahr. Da geht es auch noch einmal um Demokratieförderung mit und unter Einbeziehung des Roten Rathauses, um da auch noch einmal ein klares Zeichen zu setzen. – Das vielleicht zu dem ersten großen Bereich.

Der zweite Bereich ist das ganze Thema Medien- und Rundfunkangelegenheiten, Netzpolitik. Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode die Entscheidung getroffen, dass dieses Thema in der Senatskanzlei verbleibt, weil wir es wirklich als eines der großen Querschnittsthemen nicht nur national, sondern auch international betrachten. Hier geht es darum, Berlin als Film- und Medienstandort gemeinsam mit Brandenburg zu profilieren und zu entwickeln. Wenn Sie sich anschauen, was das Medienboard Berlin-Brandenburg in den jetzt 18 Jahren seines Bestehens erreicht hat, dann sind über 560 Millionen Euro Förderung ausgereicht worden. Das sind Förderungen, die immer auch Investitionen nach sich ziehen. Wir haben das einmal ausrechnen lassen: Die 560 Millionen Euro Förderung haben Investitionen von über 2,3 Milliarden Euro ausgelöst, d. h. jeder Euro, der investiert wird, multipliziert sich für die Medienregion Berlin-Brandenburg. Das sieht man auch, wenn man sich die Drehaktivitäten ansieht. Wir haben wirklich große, bedeutende Filme, deren Drehort in Berlin ist. Das ist jedes Mal ein Aushängeschild für unsere Stadt, das ist jedes Mal Werbung für unsere Stadt. Um das mit Zahlen zu unterlegen: Wenn Sie vergleichen: Die Drehtätigkeit von 2012 bis 2022 hat sich vervierfacht. Selbst in der Pandemie haben Film- und Drehtätigkeiten weiter stattgefunden. Wir haben im letzten Jahr einen Spitzenwert an Drehtätigkeit erreicht: Es sind nämlich in einem Jahr 6 000 Drehtage angefallen. Das heißt, wir haben jeden Tag viele Filme gleichzeitig, die hier in der Metropolregion gedreht werden. Für uns ist es sehr wichtig, dass wir an dem Konzept „Filmfreundliche Stadt“ arbeiten, Berlin als Film- und Medienmetropole. Dafür ist es wichtig – das hat man bei der Berlinale gemerkt, da habe ich viele Rückmeldungen von den Filmschaffenden bekommen –, dass wir in Berlin eine einheitliche Anlaufstelle für die Drehgenehmigungen schaffen wollen, eine One-Stop-Agency. Das ist für Filmschaffende eine sehr wichtige Nachricht, dass sie nicht von Bezirk zu Bezirk und zu noch zig Stellen müssen, sondern dass wir das bündeln und diese One-Stop-Agency als einen Ort für die Erteilung von Drehgenehmigungen wirklich in dieser Legislaturperiode umsetzen. Dafür ist Vorsorge im Haushalt getroffen.

Wir haben in der Medienlandschaft ein Stück weit auch ein Leiden unter den Folgen der Pandemie. Deshalb sind die Coronahilfsprogramme auch in diesem Bereich, auch für das Medienboard aufgelegt worden. Das hat dazu beigetragen, dass die Branche gut durch diese Pandemie gekommen ist. Wir wollen da weitermachen, um diesen Neustart zu ermöglichen und die Entwicklung, die Investitionen, die wir hier leisten, zu vervielfachen. Deshalb werden wir die Förderung im Jahr 2022 um 3,5 Millionen Euro erhöhen, und im Jahr 2023 um 4,2 Millio-

nen Euro, um einerseits diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben, andererseits aber auch zu sagen: Wir brauchen internationale Wettbewerbsfähigkeit, damit Berlin weiter Film-, Medien- und Drehstandort bleibt. Das ist ein Investment in die Stadt, in das Marketing der Stadt, aber auch in die wirklich hervorragende filmische Arbeit, die hier in Berlin stattfinden kann.

Beim Thema Qualität geht es auch darum, dass wir die Programmkinos unterstützen. Wir haben bis zu 1,2 Millionen Euro dafür im Jahr 2022 vorgesehen und bis zu 1,5 Millionen Euro im Jahr 2023. Damit sollen Kinder- und Dokumentarfilme unterstützt werden, auch künstlerische Filme, Kurzfilme, Animationsfilme, auch Filmfestivals, die alle zur Profilierung des Standortes beitragen.

Sie wissen das, die Rundfunk- und Medienlandschaft ist auch geprägt durch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg, die mabb. Dort geht es vor allen Dingen auch um das Thema Jugendmedienschutz, um die Vermittlung von Informations- und Nachrichtenkompetenz und auch die Ausbildung unseres Nachwuchses in dem journalistischen Bereich. Wir brauchen eine starke mabb und wir wollen das voranbringen. Deswegen ist es klar, dass wir die vielfältigen Aufgaben, die dort geleistet werden, auch mit Mitteln der Landesregierung unterstützen, genauso wie wir im Haushalt vorgesehen haben, die Strukturen der nichtkommerziellen Lokalradios zu unterstützen. Das ist ein kleiner Betrag, aber es ist dennoch ein wichtiger Betrag. Das sind Bereiche, die mit dazu gehören. Es geht einerseits um die Medienlandschaft, sowohl die Fernseh- und Radiolandschaft, aber – da komme ich zu einem Punkt, der für Berlin insgesamt wichtig ist – es geht auch um Fachkräfte. Es geht um die Frage, wie wir Ausbildung fördern können und wie wir gerade im Bereich der Filmschaffenden den künstlerischen Nachwuchs fördern. Dafür haben wir ein großes Flaggschiffprojekt, das ist die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin. Die ist Ihnen allen gut bekannt. Die DFFB genießt auch über Berlin hinaus einen ganz hervorragenden Ruf. Natürlich wollen wir daran anknüpfen.

Wir haben ein ganz konkretes Problem vor der Brust, das ist die Tatsache, dass der jetzige Standort im Sony-Center im Februar 2025 auslaufen wird und dass wir einen neuen Standort brauchen, um wirklich diesen Leuchtturm Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin hier auch weiter an einem guten Medienstandort etablieren zu können. Sie wissen, dass wir uns bemüht hatten, im Hangar 5 im Flughafen Tempelhof eine ggf. Unterbringung der Film- und Fernsehakademie zu realisieren. Es gab sehr umfassende Prüfungen dazu. Im Ergebnis ist es nicht möglich, dass 2025 ein Umzug in den Hangar 5 erfolgt. Das ist aus bautechnischen, organisatorischen Gründen und aufgrund der gesamten Rahmenbedingungen, die ein Umzug dieser Film- und Fernsehakademie benötigt, nicht möglich. Deswegen ist klar, daran haben wir die letzten Wochen und Monate gearbeitet, dass es eine Alternative braucht, zumindest erst einmal. Wir sind seit Beginn dieses Jahres in intensivem Austausch sowohl zwischen der Senatskanzlei und der Film- und Fernsehakademie, aber auch mit der BIM. Wir haben jetzt einen sehr vielversprechenden Standort, der allen Bedürfnissen entspricht, der eine Toplage hat. Dafür braucht es aber eine Mietvertragsunterzeichnung, auch die entsprechenden Voraussetzungen, die dafür geschaffen werden müssen. Ich bin mir sicher, dass es dazu heute noch diverse Einzelfragen gibt. Ich würde dann Dr. Fischer bitten, das hier auszuführen. Wir haben hier wirklich eine Option, die ermöglichen könnte, dass wir einen auch im internationalen Vergleich Top-Standort für die DFBB etablieren können. Ich glaube, das ist eine große Chance. Dafür bitte ich Sie hier im Ausschuss um Ihre Unterstützung.

Wir werden für die DFFB unabhängig davon auch eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung sichern und haben die Aufstockung der institutionellen Förderung für das Jahr 2022 um 1,122 Millionen Euro vorgesehen, auf eben über 6,5 Millionen Euro und für das Jahr 2023 um 2,5 Millionen Euro auf 7,99 Millionen Euro. Damit setzten wir ein ganz klares Zeichen für den Ausbau des Medienstandorts Berlin, und das tun wir auch in Hinblick auf die Europäische Filmakademie, wo wir mit 400 000 Euro pro Jahr unterstützen. Da übernehmen wir die ausgelaufene Förderung der Lottostiftung.

Vielleicht noch ein letzter großer Bereich in diesem ganzen Medienfeld: Wir haben, was die junge Generation angeht, beim Thema Radio und Fernsehen nicht mehr wirklich die große Wahrnehmung, aber beim Thema Games haben wir ein Zukunftsfeld. Das ist ja so, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber Fernsehverbot ist heutzutage nicht wirklich mehr eine schlimme Ansage an junge Menschen, wenn das WLAN allerdings nicht mehr funktioniert, dann ist das schon eine mittlere Katastrophe. Das kann ich zumindest aus meinem Erfahrungsfeld sagen. Insofern ist der Punkt: Mit welchen Medien erreichen wir die junge Generation? Was müssen wir dort tun? –, ein sehr wichtiger. Berlin ist, das ist vielen gar nicht bewusst, aber wir sind schon heute ein herausragender Games-Standort. Dieses Standing müssen wir ausbauen. Wir sind Start-up-Metropole Nummer 1 in Europa. Wir haben eine exzellente Kulturlandschaft und wir haben auch im Bereich der Games-Kultur europa- und weltweit schon heute ein ganz besonderes Standing. Das in Berlin, in Deutschland, auch international auszubauen, ist ein Ziel, das wir uns vorgenommen haben. Wir werden einen Runden Tisch E-Sport weiterführen und wir werden zusätzlichen einen Runden Tisch Games einrichten, der direkt bei mir als Regierender Bürgermeisterin angesiedelt ist. Wir planen demnächst die Auftaktveranstaltung dazu und wollen tatsächlich diesen Games-Standort Berlin nach vorne bringen als innovativen Standort. Wir werden hier die internationale Computerspielesammlung auch physisch ansiedeln und in Berlin in Kooperation mit dem Bund unterstützen. Wir haben schon heute die internationale Computerspielesammlung seit 2019 hier als digitale Datenbank. 60 000 Spiele sind dort drin. Das ist die weltweit größte Sammlung der Video- und Computerspiele. Das auch physisch nach Berlin zu holen, ist unser Ziel. Es ist mittlerweile auch ein Kulturgut. Es ist ein gesellschaftliches Archiv und es geht auch um Forschung und Öffentlichkeitsarbeit. Ich glaube, dieses Thema steht auch für internationale Innovationskraft.

Ein Letztes zum Thema Presse- und Informationsarbeit, auch Digitalisierung, generelle Steuerung: Wir wollen, dass das, was Berlin tut, gut kommuniziert wird, dass wir transparent sind in allen Bereichen und auch in allen Medien. Wir haben natürlich die ganz klassische Pressearbeit, wir haben unser Berlin.de-Portal, was jetzt in rein öffentliche Verantwortung gegangen ist mit einem kommunalen Dienstleister. Wir werden auch noch mal unsere Beteiligungsplattform „mein.berlin.de“. Es geht natürlich darum, das, was wir tun, international zu präsentieren. Wir werden im September eine große Metropolenkonferenz haben, die tatsächlich auch noch mal zur internationalen Vernetzung beiträgt. Diese Woche war der Gouverneur von Jakarta in Berlin. Wir hatten den bulgarischen Staatspräsidenten zu Gast. Ich kann Ihnen sagen, auch international wird gesehen, was Berlin im Moment leistet, und dass das eine herausragende Arbeit ist, die gerade passiert, auch mit der Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten, natürlich auch mit der Frage, wie wir Berlin als Smart City weiterentwickeln können. Beide Themenfelder, das integrationspolitische Themenfeld, aber auch moderne, innovative Zukunftstechnologien, prägen uns. Wir haben deshalb auch am Anfang der Legislaturperiode eine sehr wichtige Entscheidung getroffen: einen Chief Digital Officer anzusiedeln in der Innenverwaltung, dort, wo Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung vorangebracht wer-

den müssen, aber gleichzeitig ihn auch anzusiedeln in der Senatskanzlei, mit der Teilnahme an allen Senatssitzungen und mit der ganz klaren Aufgabe, sowohl Verwaltungsmodernisierung als auch Digitalisierung voranzubringen, Digitalstrategie, Smart-City-Strategie zusammenzuführen. Unser Plan ist, dass wir im Spätherbst dieses Jahres tatsächlich auch unsere Strategie für die Digitalisierung und die Smart City Berlin vorstellen werden. Daran wird intensiv gearbeitet, auch unter Beteiligung der Berliner Stadtgesellschaft. Ich bin sehr froh, dass unser CDO, Ralf Kleindiek, das auch sehr gut ausfüllt.

Zum Thema Steuerung: Selbstverständlich, die Senatskanzlei versteht sich als das Steuerungsorgan der Landesregierung. Selbstverständlich verstehen wir das als koordinierende Aufgabe, auch als steuernde Aufgabe, dass wir eben die vielen Themenfelder, die unser Land bewegen, auch durch eine gesamtstädtische Verwaltungssteuerung gut abbilden. Das wird auch mit dem Haushalt 2022/2023 deutlich. Es geht um Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirken, es geht um Steuerung der einzelnen Ressorts in der Landesregierung, es geht um gesamtstädtische Zielvereinbarungen, es geht auch um die Stärkung der Datenkompetenz und um die strategische Partnerschaft mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, denn es geht darum, dass wir datenbasiert gute Politik machen. Das bedeutet, dass auch Monitoringprozesse verbessert werden müssen. Ich bin sehr froh, dass wir eine Dashboard-Software pilotieren werden, so wie sie im Bund auch üblich ist, dass wir also Prozesse wie den Wohnungsbau, wie Bürgerservicefragen auch tatsächlich mit einer Dashboard-Software monitoren können, genau sehen können: Wo stehen wir? – Das ist der Beginn guter politischer Arbeit, dass man einen guten Überblick hat über das, was passiert, dass wir Daten schnell, transparent und wirkungsvoll nutzen können, um die richtigen Entscheidungen für die Stadt zu treffen. International tun wir das mit der Onlineplattform USE – Urban Sustainability Exchange –. Dabei geht es darum, dass wir uns auch international mit anderen Metropolen austauschen, wie wir das voranbringen können.

Mit Jakarta kann ich das aktuelle Beispiel nennen. Es ist sehr interessant. Wir helfen Jakarta gerade, ein Smart City Hub in Jakarta aufzubauen und sehen mit großem Interesse die Jakarta-City-App, die dort gemacht wird mit 60 Serviceleistungen der Verwaltung. Berlin unterstützt mit der Start-up-Szene und natürlich ist für uns auch der Austausch interessant, was wir davon auch für die Arbeit, die wir hier tätigen, nutzen können.

Generell, international, die urbane Städtediplomatie ist für uns ein entscheidender Punkt. Das sehen Sie auch im Haushalt. Es geht darum, Berlin nicht nur für die funktionierende Stadt hier zu profilieren, sondern auch international wettbewerbsfähig zu sein, Investoren, Arbeitsplätze hier in die Stadt zu holen und am Ende mit einer guten Film- und Medienarbeit auch Werbung für unsere Stadt zu machen und finanzielle Mittel in die Stadt zu holen. Das ist der Anspruch: eine funktionierende und serviceorientierte Stadt. Da ist auch noch viel zu tun, das ist ja klar. Aber ich glaube, der Grundstein ist gelegt mit diesem Haushalt. Ich würde mich sehr freuen, wenn das auch Ihre Unterstützung findet. – Jetzt stehen wir Ihnen gern für Fragen zur Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Frau Giffey! – Ich eröffne nun die Fragerunde – und habe zunächst die Wortmeldung von Herrn Goiny. – Bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Frau Regierende Bürgermeisterin für diese Ausführungen, auch zu Ihren Schwerpunkten. Da wir uns im Fachausschuss sozusagen verpasst ha-

ben, weil ich immer hier saß, freue ich mich, dass wir hier noch mal die Gelegenheit haben, über diese Dinge zu diskutieren, weil ich den Bereich Medienpolitik für meine Fraktion mit vertrete. Ich kann sagen, dass viele Punkte, die Sie angesprochen haben, unsere Unterstützung finden. Ich will darauf verweisen, dass wir auch schon in der vergangenen Wahlperiode und in dieser Wahlperiode mit den Regierungsfractionen und der FDP im Bereich der Medienpolitik eine inhaltlich sehr gute Zusammenarbeit haben und einige Erfolge gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Ich will an dieser Stelle den Koalitionsfractionen dafür danken, dass wir ein gutes Beispiel für eine Zusammenarbeit haben, bei der man trotz unterschiedlicher Ansätze am Ende gemeinsame, gute Lösungen findet. Insofern ist das ein gutes Beispiel dafür, wie man Dinge, die für diese Stadt wichtig sind, gemeinsam voranbringen kann, auch wenn man an der einen oder anderen Stelle unterschiedliche Lösungsansätze hat.

Dass Sie erfolgreich sind, mit dem was Sie machen, Frau Regierende Bürgermeisterin, sieht man schon daran, dass viele der Dinge, die Sie eben genannt haben, selbst bei Torsten Schneider politisch durchsetzen konnten, was dem einen oder anderen Ihrer Vorgänger nicht gelungen ist. Altersmilde kann es bei ihm nicht sein, dafür ist er noch zu jung. Aber das zeigt, dass da Überzeugungskraft dahinter ist.

Ich will aber doch noch auf einige Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben. Wir hatten das schon insgesamt als Überschrift unserer Haushaltsberatungen benannt, dass wir bei dem Thema, wie können wir im Bereich Planen, Bauen, Verwalten, Digitalisieren besser werden? –, auch einmal über den eigenen Tellerrand gucken. So habe ich Ihre Bemerkung verstanden, dass Sie das im Rahmen des internationalen Austauschs mit Partnerstädten oder mit anderen Städten, mit denen wir in Kontakt sind, machen wollen. Das finden wir gut. Da können wir tatsächlich etwas lernen. Wir haben vielleicht in der Ecke nicht so viele Exportschlager, wie man denkt, aber wenn der eine oder andere uns interessante Modelle für moderne Verwaltungsverfahren vorstellt, dann sollten wir offen sein, so etwas aufzunehmen, und wenn der Chief Digital Officer da vielleicht eine koordinierende Aufgabe wahrnimmt, dann können wir uns sehr gut vorstellen, dass das in die richtige Richtung geht.

Zu dem ersten Teil, zu dem Sie etwas gesagt haben, will ich nur kurz sagen: Wir haben gar nichts dagegen, dass man die Urania mit ihrem Konzept weiterentwickelt. Ich finde nur, vieles von dem, was jetzt als künftige Aufgabe definiert wird, hat die Urania bisher schon gemacht. Das Thema Bildung für breite Bevölkerungsschichten, eine Dialogplattform, wo sie unterschiedliche gesellschaftliche Kreise zusammengebracht haben, Wissensvermittlung auf einem Niveau, was für die Allgemeinheit verständlich ist, und ein breites kulturelles Angebot, all das gab es in der Urania bisher schon. Deswegen wäre meine Bitte an dieser Stelle, das vom Wording so zu machen, dass man eher sagt, man will das weiterentwickeln, aber nicht den Eindruck zu erwecken, es wäre alles schlecht gewesen, was da ist. Wenn man das baulich anders gestaltet, geht da natürlich noch viel mehr. Insofern, wenn der Bund das mitfinanziert, sind wir gespannt, ob es gelingt, das alles so umzusetzen.

Beim Thema Bürgerhaushalte finden wir das auch ganz spannend. Aber das ist natürlich nur die eine Seite der Medaille, wenn wir den Bürgern unserer Stadt Geld geben, was sie verteilen können, ohne sie auch mal mit der Frage zu konfrontieren, wie wir das eigentlich im Haushalt finanzieren. Diese Seite fehlt mir ein bisschen in dem Projekt, dass man in diesem Dialogprozess mit Bürgerbeteiligung, Bürgerräten und Bürgerhaushalten die Frage stellt, wie das Ganze finanziert wird. Wenn ich jemandem Geld gebe und sage: Verteile es mal! –, das ist schön,

aber das ist nicht die Realität. Das Verständnis für politische Zusammenhänge und die Möglichkeiten, Vorhaben zu finanzieren, hängt auch gerade hier – wer könnte das besser beurteilen als wir im Hauptausschuss – damit zusammen, dass man sich die Frage stellen muss, wie man das finanziert. Wenn Sie diesen Teil in dem ganzen Prozess weglassen, glaube ich, kommt am Ende nichts Gutes dabei heraus, was irgendwie unter Demokratiegesichtspunkten Sinn machen würde.

Dass man offensichtlich in der Koalition darüber diskutiert hat, ob die Medienpolitik bei der Senatskanzlei bleibt, halte ich eher für ulkig. Ich glaube, es ist selbstverständlich, dass dieser Themenbereich bei den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten angesiedelt ist, weil es viele gute Gründe gibt aus dem Bereich der Medienpolitik, der Rundfunkstaatsverträge, dass das Chefsache ist und bleibt. Dass Berlin nun ausgerechnet als Medienstadt die einzige Ministerpräsidentin gestellt hätte, die nicht für Medienpolitik zuständig wäre, das wäre ja eine Blamage ersten Ranges gewesen. Insofern sind auch wir sehr froh, dass das jetzt weiter so organisiert ist.

Beim Thema Medienboard gibt es in der Tat einen größeren Aufwuchs. Aber auch hier muss man in die Fußnoten gucken und stellt fest, dass davon sehr viele Mittelbindungen neu formuliert worden sind, sodass der Aufwuchs am Ende gar nicht so groß ist. Wir sprechen uns gar nicht gegen diese ganze Festival-Förderung aus, die da mitformuliert wird. Man muss dann aber auch so ehrlich sein und sagen: Für die reine Filmförderung ist der Mittelaufwuchs übersichtlich, der jetzt in dem kommenden Doppelhaushalt stattfindet. Nicht, dass dann immer erzählt wird: Wir haben doch dem Medienboard mit dem Doppelhaushalt so viel Geld gegeben, warum brauchen die für Filmförderung schon wieder mehr? – Der Aufwuchs, der jetzt da ist, hat seinen Sinn und der fördert auch gute Projekte, aber es ist eben wenig für die Filmförderung. Da sehen wir insbesondere einen weiteren Bedarf. Sie haben die wirtschaftliche Erfolgsstory eben auch noch mal betont. Das bringt tatsächlich Geld in die Stadt.

Die digitale Filmförderung, auch da erwarten wir, dass sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigen, dass es bei den gemeinsam in der letzten Wahlperiode verabredeten 3 Millionen Euro pro Jahr für die VFX-Förderung bleibt. Das Geld war schnell weg und die Erfolge groß. Allein die Tatsache, dass es da jetzt noch eine Unsicherheit gibt, hat z. B. dazu geführt, wenn ich das richtig mitbekommen habe, dass jetzt in Babelsberg dieses dreidimensionale Studio abgebaut wurde und nach London gewandert ist. Wir merken, dass allein das Zögern Berlins bei der Verstetigung dieser Filmförderung ganz konkret zu Nachteilen in der Filmproduktion führt. Da müssen wir schnell ein klares Signal setzen, dass dem Einhalt geboten wird.

Beim Thema Games sind wir ganz bei Ihnen. Das ist ja auch im Medienboard angesiedelt, eine wirkliche Erfolgsstory, wo wir als Stadt viel zu bieten haben. Ich will nur mal sagen, was mir immer ein bisschen in der Aufzählung fehlt: Wir haben seit ganz vielen Jahren das Computerspielmuseum in Berlin, das eine der umfassendsten Sammlungen an Computern und Computerspielen real hat. Auch hier vielleicht vom Wording her, wir müssen nicht alles erst herholen und neu präsentieren, hier gibt es schon tolle Sachen, hier gibt es schon ganz viel. Wir würden es sehr begrüßen, wenn man zusätzliche Initiativen, Ausstellungsobjekte oder Ähnliches in die Stadt holt, dass man aber auch die Schätze, die wir in der Stadt haben, nicht vergisst. Wie ich weiß, sind Sie bei denen ja in Ihrer Eigenschaft als Bundesfamilienministerin auch schon gewesen. Ihnen ist das nicht fremd, aber umso wichtiger wäre es hier, das

Computerspielmuseum in Friedrichshain-Kreuzberg mit zu erwähnen und auch mit in diese Projekte einzubeziehen.

Beim Thema Medienanstalt Berlin- Brandenburg haben Sie völlig recht. Die steht vor großen neuen Herausforderungen. Mit Alex TV haben die wirklich ein tolles Format, wo junge Menschen sich mit Medienkompetenz und in die Welt des Medienschaffens einarbeiten können und gleichzeitig in der Frage der Regulierung von ausländischen Plattformen, die wir hier haben, stehen ihnen ja auch große juristische Herausforderungen bevor. Insofern sehen wir hier eine Aufstockung des Betrages für richtig an, durch die Umverteilung des Vorwegabzuges. Bei den Koalitionsfraktionen gibt es an dem einen Titel noch mal eine Erhöhung von 300 000, 350 000 Euro. Da müssen wir in der Feinsteuerung aufpassen, dass das nicht zusätzlich zulasten des Medienboards geht, denn das war nicht die Verabredung. Der Senat hat das in seinem Entwurf aus unserer Sicht mit den 300 000 Euro haushaltstechnisch richtig veranschlagt. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen mit den 350 000 Euro könnte da noch mal problematisch sein. Vielleicht müsste man sich das bis zur Schlussrunde noch einmal angucken.

Ähnlich verhält es sich mit der Kinolandschaft. Natürlich brauchen wir da mehr Unterstützung, mehr Mut. Wir würden uns auch wünschen, wenn insgesamt auch der Aufschlag der Berlinale da etwas offensiver wäre, auch was das Thema Sommerprogramm, Sommerkino anbetrifft. Da soll es jetzt wieder etwas geben. Aber auch hier, glaube ich, müssen wir die Berlinale noch etwas stärker mit einbeziehen in die Förderung der Film- und der Kinolandschaft in unserer Stadt. Da wünschte ich mir mehr Empathie und mehr Engagement, genauso wie bei der Vernetzung der Filmfestivals, einem Projekt, was wir in den letzten Jahren auch mit angesprochen haben und was ja auch in Ihre internationale Vernetzungsstrategie wunderbar reinpasst, wo wir in der Vergangenheit mit entsprechenden Formaten und Beteiligungen sowohl beim Filmfestival in Cannes ja doch einiges an Aufsehen erregt haben. Man glaubt es immer nicht, dass so ein Medienausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses da irgendwo Aufmerksamkeit erregt, aber wenn man dann hört, dass wir der erste Medienfachausschuss eines deutschen Landtages waren, der jemals nach Cannes zum Filmfestival gefahren ist, und die Franzosen für solche Dinge ein viel feineres protokollarisches Gespür haben als wir in Deutschland oftmals, dann sieht man, dass man auch mit solchen Aktivitäten im Bereich der Vernetzung europäischer Filmpolitik einiges erreichen kann. Wir haben das ja denn jetzt durch mehrere Beteiligungen am Filmfestival in Thessaloniki fortgesetzt. Insofern, glaube ich, gibt es da viele konkrete Punkte, an denen man weiterarbeiten kann, wo es, glaube ich, eine breite parlamentarische Mehrheit für diese Initiativen gibt. Da, wo wir noch besondere Akzente setzen wollen, habe ich das eben deutlich gemacht. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. – Dann erteile ich noch mal Frau Giffey das Wort. – Bitte schön!

Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen herzlichen Dank! – Ich möchte gern auf die Punkte eingehen, denn einiges, Herr Goiny, kann ich wirklich auflösen. Es freut mich, dass Sie die Dinge ansprechen, die wir auch schon bedacht haben. Da kann man gute Antworten geben. Zunächst einmal finde ich es schön, dass Sie die Arbeit von Torsten Schneider würdigen. Dem kann ich nur zustimmen. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Wie bitte? Habe ich Sie falsch verstanden? – [Zuruf von Christian Goiny

(CDU)] – Ich habe Sie nicht falsch verstanden, es ist Ihnen ein besonderes Anliegen. Vielen Dank! Mir auch. – [Zuruf] – Nein, ich muss gar nichts. Ich meine das von Herzen.

Ansonsten haben Sie den internationalen Austausch angesprochen. Ich halte das für sehr wichtig. Wir haben unsere Partnerstädte. Wir sind in verschiedenen, großen, globalen Städtetzwerken aktiv, ob das Metropolis oder andere sind. Ich glaube, dass wir wirklich eine Chance haben, aus Berlin etwas zu geben. Wir sehen mit großem Interesse, dass auf die Technologieentwicklung, auch die Smart-City-Entwicklung geschaut wird, auf die Start-up-Szene, die wir in der Stadt schon heute haben mit 4 000 Start-up-Unternehmen und über 80 000 Beschäftigten. Da haben wir etwas zu geben. Aber wir haben auch Dinge zu lernen. Wir haben zu überlegen: Wie können wir Dinge, die woanders schon entwickelt worden sind, für uns nutzen? – Deshalb wird der Austausch mit Jakarta, aber auch mit anderen Städten in Europa und darüber hinaus, sehr wichtig für uns sein. Ich will das gern aufnehmen: Natürlich ist die Rolle des Chief Digital Officer auch – er kommt ja aus der internationalen Arbeit, er hat im Bund ganze Ministerien mitdigitalisiert, er hat in Neuseeland und Australien Erfahrungen gesammelt –, das ist genau der Punkt, warum wir Ralf Kleindiek geholt haben, weil er den internationalen Ansatz da einbringen soll und weil es seine Aufgabe ist, das für Berlin zu adaptieren.

Wir haben, was die Urania angeht, hier etwas, wie Sie sagen, worauf wir aufbauen können. Die Urania ist in einer langen Tradition, was Wissensvermittlung auf einem Niveau angeht, das auch für breite Bevölkerungsschichten verständlich ist, und ist auch schon jetzt immer ein Ort von Begegnung und gesellschaftlicher Teilhabe. Wenn Sie aber in die Urania eintreten, sehen Sie, es ist alles ein bisschen in die Jahre gekommen. Es soll ein modernes Haus der Demokratie werden. Es soll auf dem aufbauen, was schon heute da ist, aber natürlich mit einem Anspruch, der vom ganzen äußeren Erscheinungsbild, vom Programm den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Da glaube ich, haben wir im Modernisierungs- und Digitalisierungsprozess wirklich eine Aufgabe, auch in der baulichen Gestaltung. Ich bin da ganz bei Ihnen: Wir müssen auf dem aufbauen, was die Urania gemacht hat, aber ein Stück weit das auch in eine moderne Form von Präsentation und Programmgestaltung bringen.

Zum Thema Bürgerhaushalte: Ja, ich glaube, es ist nicht nur für die Bürgerhaushalte wichtig, ab und zu einmal zu sagen, woher das Geld kommt, das wir hier ausgeben. Das ist auch eine Aufgabe, die der Hauptausschuss insgesamt hat. Wir verteilen Geld, das von Menschen, die Steuern zahlen, gekommen ist. Wir haben eine Verantwortung, auch immer an die zu denken, die das alles erwirtschaftet haben. Deswegen ist auch eine Wirtschaftspolitik hier in der Stadt, die auf Partnerschaft setzt, auf Kooperation mit den Unternehmen, die Arbeit schaffen, die letztendlich Entwicklungen und Investitionen voranbringen, ein wichtiger Punkt, der mir auch als Regierende Bürgermeisterin wichtig ist: eine Wirtschaftspolitik, die auf Partnerschaft setzt und würdigt, woher das Geld kommt, das wir hier ausgeben. Das gilt nicht nur für den Bürgerhaushalt. Wir haben aber den Anspruch, wenn man über Bürgerhaushalte oder Beteiligungshaushalte spricht, dass es auch so ist, dass verantwortungsvoll auch mit diesem Geld umgegangen wird und dass wir es so zweckgebunden einsetzen, dass Menschen sehen, es macht einen Unterschied, ob sie gefragt werden, wofür diese Mittel eingesetzt werden, oder jemand anders entscheidet es einfach. Da sind wir auch noch in der Konzipierung. Das wird kommen. Aber Sie können sich sicher sein, die Frage: Wo kommt das eigentlich alles her? –, muss dabei eine Rolle spielen, die muss auch in der politischen Vermittlung dieses ganzen Etats einen Stellenwert haben.

Zum Thema Medienstadt Berlin: Herr Goiny, ich habe zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt, ob es richtig ist, dass diese Ansiedlung weiter bei der Senatskanzlei bleibt. Ich kann Ihnen sagen, auch in den Koalitionsverhandlungen war das nicht wirklich ein Streitthema, sondern es war immer klar, das gehört dorthin. Ich habe es eigentlich eher vor dem Hintergrund erwähnt, dass wir die Entscheidung getroffen haben, kein Fachressort in der Senatskanzlei anzusiedeln, weil ich es wichtig fand, das Zeichen zu setzen, wir wollen uns gern auf die Aufgaben konzentrieren, die Staats- und Senatskanzleien originär haben: Koordination, Steuerung und auch eine serviceorientierte, funktionierende Verwaltung und auch die internationale und repräsentative Funktion, die eine Staats- oder Senatskanzlei hat. Deswegen war die Entscheidung, kein Fachressort anzusiedeln. Die Medienfrage stand da eigentlich nie zur Disposition. Deswegen gibt es da überhaupt keine Frage.

Zum Thema Filmförderung und auch digitale Förderung, was Sie angesprochen haben: Ich weiß, dass Herr CdS gerade vor Kurzem das digitale Studio in Babelsberg besucht hat. Da ist nicht von Abbau die Rede, sondern ganz im Gegenteil, wir wollen das mit Brandenburg nutzen, auch in der Medienstandortdiskussion. Ich denke, dass das Thema VFX ein Zukunftsthema ist und wir ein großes Interesse daran haben, dass das weitergeht. Mir ist nicht bekannt, dass die nach London abgebaut haben. Ich weiß das nicht. – Ich habe die Information, dass sie da sind und auch besucht werden können. Das wollen wir weiter voranbringen. Wenn es da Probleme gibt, dann gehe ich dem gerne nach. Unser Zeichen an diesen ganzen Standort ist ein anderes.

Zum Thema Games, Computerspielmuseum: In der Tat, ich kenne das Computerspielmuseum sehr gut. Ich habe es bereits mehrfach besucht, auch privat. Ich sehe, dass diese Schätze vorhanden sind und dass wir da auf etwas aufbauen können. Deswegen ist auch geplant, wenn diese große, weltweit größte Computerspielesammlung nach Berlin geholt wird, das zusammen entwickelt und gedacht wird, und dass die Sammlung des Computerspielmuseums, die schon hier ist, in dieses Gesamtkonzept integriert wird. Wir werden das Computerspielmuseum am Runden Tisch Games beteiligen. Sie werden eingeladen. Insofern ist das, was Sie gefordert haben, Einbeziehen und die Schätze nicht vergessen, schon Bestandteil unserer Konzeption. Da kann ich Sie beruhigen.

Zum Thema Kinolandschaft und Sommerprogramm, Sommerkino, da wünschen Sie sich „mehr Empathie und mehr Engagement“. Da kann ich Ihnen sagen, ich bin sehr empathisch und wir gehen mit viel Empathie und Engagement da rein. Deswegen ist auch unser Kultursommer, den wir gemeinsam planen, ein Punkt, bei dem das Thema Sommerkino eine Rolle spielt. Wir werden 90 Tage, 90 Orte, Kultursommer in Berlin, Kulturfestival organisieren. Klaus Lederer hat die Federführung dafür. Da wollen wir Empathie und Engagement für die Kulturszene in Berlin zeigen und natürlich auch für das Thema Sommerkino. Insofern kann ich Ihnen sagen: Auch an der Stelle berücksichtigen wir diese Gedanken und Ideen, die Sie hier heute eingebracht haben. – Vielleicht so viel.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Frau Giffey! – Zu diesem Punkt wurde soeben ein Wortprotokoll von der CDU-Fraktion beantragt. – Ansonsten habe ich es so verstanden, dass ich Sie für heute zunächst verabschieden kann. Sie müssen unsere Stadt weiter führen. Ansonsten steht in bewährter Manier Herr Dr. Fischer zur Verfügung. – Alles Gute und vielen Dank!

Dann können wir zunächst den Bericht Nr. 1 aus der Sammelvorlage rote Nr. 0270 zur Kenntnis nehmen.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Wir kommen zu den Seiten 247 bis 249, zum

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 30	<u>0200 AV</u> Haupt
--	-------------------------

Ansatz 2022	2.000.000	- 25.000
Ansatz 2023	2.235.000	- 25.000

TA 25 Begleituntersuchungen Klimaschutzrat (neu)

Ansatz 2022	50.000	- 25.000
Ansatz 2023	50.000	- 25.000

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenUMVK – ZF 1-Sa – vom 02.05.2022 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses <u>hier: Bericht 48 und 49 - Dienstleistungen</u> (Berichtsaufträge aus der 12. Sitzung vom 08.04.2022) Einzelplan 07	<u>0281</u> Haupt
---	----------------------

Gibt es Wortmeldungen zu diesen Berichten? – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Hier überrascht die Antwort dann doch ein wenig, denn da hat man doch das Gefühl, dass sich keiner weiter Gedanken gemacht hat. Mit der Begründung könnten Sie natürlich alle Untersuchungen zur Artenvielfalt in dieser Stadt – in Parks, Wäldern, Forsten und anderswo – auch sein lassen. Wenn man sagt: Sie wissen, es ist alles ökologisch wertvoll! –, dann ist das eine Antwort, hinsichtlich derer man einer Umweltverwaltung gar nicht zutraut, dass sie so etwas heutzutage noch aufschreibt. Also entweder hatte da keiner Zeit oder Lust, das zu beantworten – sonst kann ich mir das irgendwie gar nicht erklären. Es war auch danach gefragt, ob es eine Bestandserfassung bedrohter Tierarten, insbesondere Insekten, Vögel und Amphibien, in Kleingärten gibt. In Fachkreisen ist es unbestritten, dass Kleingartenflächen da relevant sind, man aber keine verlässlichen Daten hat. Wenn Sie jetzt gesagt hätten, im Rahmen der Kapazitäten ist das momentan nicht möglich, weil die finanziellen Ressourcen fehlen oder Sie andere Prioritäten haben, dann hätte man darüber diskutieren können, aber mit so einer Antwort nach dem Motto „Wir wissen, dass in Kleingärten Vögel

leben, und unsere heimischen Vögel sind alle geschützt, also ist das auch schützenswert“ – – Wenn Sie diese Antwort mal irgendwo in Fachkreisen veröffentlichen, ist das eher peinlich. Deswegen würde ich Ihnen hier doch noch mal die Gelegenheit geben, das noch mal nachzuarbeiten und uns vielleicht bis zum Beginn der Sommerpause eine aktualisierte Antwort vorzulegen, wie Sie jetzt mal seriös mit dem Thema umgehen wollen und ob und gegebenenfalls aus welchem Titel man da etwas finanzieren kann. Da gibt es ja verschiedene Möglichkeiten; die wissen Sie besser als ich. Das muss ich Ihnen nicht aufschreiben.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Hofer!

Torsten Hofer (SPD): Das Thema Kleingärten war gerade mein Stichwort. Es gab auf Bundesebene mal die Überlegung, Kleingartenflächen auch als Ausgleichsflächen vorzusehen, also wenn man an irgendeiner Stelle etwas baut, dass man dann sagt: Dann machen wir eine Kleingartenanlage dafür zum Ausgleich schicker! – Das ist dann irgendwie in der Bundesregierung so ein bisschen versackt. Jetzt gibt es vielleicht eine neue Chance dazu. Gibt es dazu irgendwelche Überlegungen oder Initiativen des Senats, diesbezüglich auf Bundesebene mit einer Änderung der entsprechenden Gesetze vorstellig zu werden? – Wir haben ja viele Kleingartenflächen, und wenn man die als Ausgleichsfläche herrichten könnte, als Ausgleich für andere Baumaßnahmen an anderer Stelle, dann würde das allen Seiten in dieser Stadt guttun.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Frau Senatorin!

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): Ich würde zur Ergänzung gerne gleich Frau Karcher oder Herrn Wichert das Wort geben. Ich wollte nur eins sagen: Das Thema Ausgleichsflächen ist ein Riesenthema natürlich beim Wohnungsbau und gleichzeitig bei Grünflächen, dem Naturschutz und der Anpassung an den Klimawandel in der verdichteten Stadt. Allerdings haben wir wenig gewonnen, gerade unter Naturschutz- und Umweltaspekten sowie Klimaanpassungsaspekten, wenn wir Flächen, die jetzt schon Grünflächen sind, dann als Ausgleichsflächen deklarieren, sondern es geht schon um zusätzliche Flächen. Das ist eigentlich der Hauptgrund. Wir brauchen zusätzliche Flächen, wenn irgendwo versiegelt und asphaltiert wird für den Wohnungsbau. – Aber, Herr Wichert, vielleicht wollen Sie noch ergänzen!

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Herr Wichert dann – bitte schön!

Klaus Wichert (SenUMVK): Vielen Dank für das Wort! – Wir kennen dieses Anliegen seit Jahren, dass die Kleingärten als ökologischer Ausgleich herangezogen werden sollen. Dafür gibt es bundesweit immer das Beispiel Hamburg, und wenn man sich Hamburg genau anguckt – das haben wir natürlich getan –, dann ist es so, dass dort Gemeinschaftsflächen in einer besonderen Art und Weise für den Ausgleich hergerichtet werden. Dieses Verfahren kann man in Berlin auch zur Anwendung bringen; das ist überhaupt gar kein Problem. Man müsste nur entsprechende Kleingartenanlagen finden, die diese Gemeinschaftsflächen entsprechend bewirtschaften, und man müsste über die entsprechenden Flächen in diesen Kleingartenanlagen verfügen. Es ist also nicht so, dass wir grundsätzlich gegen einen Ausgleich in Kleingartenflächen sind, sondern es sind Bedingungen, die bundesweit eigentlich einheitlich Geltung ha-

ben. Beim Beispielprojekt, das wir kennen – immer der Verweis auf Hamburg –, wird genauso verfahren wie in Berlin auch.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Vielen Dank! – Gibt es weitere Fragen? – Das sehe ich nicht. Dann ist auch – – [Zuruf] – Entschuldigung! – Frau Staatssekretärin – bitte schön!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Danke schön! – Zu der Frage der Erhebung der ökologischen Untersuchungen in den Kleingartenflächen: Es wäre bestimmt ganz interessant, da Daten zu haben, aber diese Daten würden nicht dazu führen, dass wir irgendwas anderes machen würden. Wir schützen ja die Kleingartenflächen, weil wir wissen, dass sie ökologisch wertvoll sind. Unsere Aktionen würden sich nicht dadurch ändern, dass wir da noch ein paar mehr Daten hätten. Bei knappen Haushaltsmitteln ist das von daher für uns nicht prioritär.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Das mit den Haushaltsmitteln ist durchaus ein seriöses Argument. Da kann nicht jeder alles fordern, weil er gerade eine tolle Idee hat; das ist mir völlig klar. Auf der anderen Seite: Der NABU und andere machen zum Beispiel Vogelzählungen oder andere Bestandsaufnahmen in der Stadt, und die haben ja eine ökologische Relevanz. Es ist nicht so, dass man sagt: Wir wissen, dass das schützenswert ist, und da leben auch Tiere. Das reicht uns als Information. – Auf dem Niveau hat man nicht mal in den 1970er-Jahren diskutiert; da sind wir eigentlich fachlich weiter. Wenn aber von Ihrer Verwaltung, vielleicht unter Schirmherrschaft oder mit medialer oder anderer Unterstützung, mit dem Landesverband der Kleingärtner zusammen, mal geguckt werden könnte, wer da so etwas mal machen könnte! Nehmen Sie sich das Naturkundemuseum als Beispiel – das, was die zum Thema Nachtigall gemacht haben –, also ein Citizen-Science-Projekt zu machen und andere moderne Ideen aufzugreifen. Sie reden an anderer Stelle auch gerne von Partizipation und Bürgerbeteiligung, und das könnte man hier, wo man organisierte Strukturen hat, wahrscheinlich mit relativ wenig Geld machen. Man braucht einfach nur mal den Willen und die Ideen und muss mit den Leuten, die da betroffen sind, sich einfach mal zusammensetzen. Ich glaube, das wäre auch eine Motivation für viele Menschen, die ihren Kleingarten haben, einmal insgesamt zu erkennen, welche ökologische Bedeutung so eine Fläche hat und was da alles für Tiere, Insekten und dergleichen leben. Das wäre, glaube ich, eine gute Wertschätzung und Motivation, sich damit noch achtsamer auseinanderzusetzen, und in dem Sinne wirklich sinnvoll. Wir reden hier nicht von Riesenbeträgen, die Sie dafür ansetzen sollen. Aber dass Sie uns hier einfach so eine Antwort geben, finde ich wirklich, sagen wir mal zurückhaltend, schwierig.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich würde noch mal das Wort an Herrn Wichert übergeben.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Okay. – Herr Wichert, bitte schön!

Klaus Wichert (SenUMVK): Mich freut die Nachfrage und die Aufmerksamkeit, die die Kleingärten und deren ökologische Qualität haben. Ich darf nur darauf hinweisen, dass wir

einen Kleingartenentwicklungsplan erarbeitet haben, der einen großen Schwerpunkt auf die ökologische Wertigkeit und auf die stadtklimatologische Bedeutung gesetzt hat. Das heißt, wir haben dem in der vergangenen Legislaturperiode intensiv Rechnung getragen, wenn man den mit früheren Kleingartenentwicklungsplänen vergleicht. Das erfolgte in Abstimmung mit dem Landeskleingartenbeirat und dem Stadtverband der Kleingärtner. Insofern sind wir da in einem guten, produktiven Austausch.

Ich möchte noch mal das stärken, was Frau Staatssekretärin Dr. Karcher gesagt hat: Wir machen dann Untersuchungen, wenn für uns ein Handeln daraus resultiert. Da liegt unsere Priorität. Das ist auch Gegenstand unserer Antwort gewesen. Wir haben gesagt: „... sind prioritär nicht vorgesehen“, weil wir die Kenntnis haben und daraus kein Handeln folgt, wenn wir diese Kenntnis noch mal verstärken und belegen. Aber ich kann verstehen, dass man das wissenschaftliche Interesse hat, das noch mal stärker zu dokumentieren.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): An anderer Stelle ist da mehr Empathie, wenn es darum geht, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für bestimmte politische Ideen zu machen. Ich nehme mal zur Kenntnis, dass das hier nicht so ausgeprägt ist. Der Kleingartenentwicklungsplan hat damit gar nichts zu tun. Den haben wir in der Tat in früheren Wahlperioden diskutiert. Auch auf damalige Nachfrage, ob denn so etwas mal gedacht oder überlegt werde, haben Sie schon gesagt: Nein, das machen wir nicht, und da ist nichts. – Der Kleingartenentwicklungsplan trifft naturgemäß keine Aussage dazu, außer: Kleingärten sind irgendwie schützens- und unterhaltswert. – Ich weiß nicht, ob die Fragestellung bei Ihnen nicht so richtig ankommt, das Thema einmal mit den Kleingärtnern und den Naturschutzverbänden aufzugreifen und zu sagen: Guckt euch das doch mal an und überlegt euch mal, was man da machen kann! – Wie gesagt, noch mal: Reden Sie doch mal mit Prof. Vogel vom Naturkundemuseum und schauen Sie sich mal an, was der da Tolles gemacht hat! Da gibt es Apps, die man dafür einsetzen kann. Da kann man ganz einfach eine Internetplattform nutzen. Und dann kann man das mit den Verbänden und Ähnlichen mal machen. Es ist im Grunde genommen ein tolles Projekt, mit dem man viele Menschen erreicht, die sich für Natur in der Stadt interessieren. Dass Sie das hier einfach achtlos liegen lassen, finde ich – auch noch für eine grüne Umweltsenatorin in einer Stadt wie Berlin – schon bemerkenswert, wenn ich das mal sagen darf.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Benedikt Lux, bitte!

Benedikt Lux (GRÜNE): Ich schätze Herrn Goinys Engagement für die Kleingärten, möchte aber zu bedenken geben: Auch bei mir ist die Frage oder das, was Sie wollen, gerade nicht angekommen. Vielleicht überlegen Sie noch mal, ob Sie da noch mal einen Versuch starten.

Zum Vergleich mit dem Naturkundemuseum: Dort haben Sie ein Haus, das bundesweit, sehr prominent gefördert wird, eine starke Lobby hat. Dieses Haus zu vergleichen mit den 877 Kleingartenanlagen auf rund 2 900 Hektar, wo jeder Parzellenbetreiber individuell ist und eigene Ansprüche an seine Kleingartenanlage hat, die er da pachtet und die wir gemeinsam mit Ihnen gesichert haben, und wo wir ein hohes Interesse an der Stadtökologie haben, es zu vergleichen hinsichtlich der Beteiligungsformate, das liegt einfach nicht nahe, geschätzter Kollege Goiny!

Ich würde eher dazu übergehen, dass man schaut, welche Interessen wir als Land Berlin gemeinsam mit den Kleingärten verfolgen, um ökologische Flächen zu sichern und neu zu erschließen. Da gibt es mit Sicherheit Potenziale, aber da muss man sich eben die Kolonien im Einzelnen anschauen. Nehmen Sie – wir hatten das vorhin – die Entsiegelung des Platzes des 4. Juli, eines sehr wichtigen Platzes in unserem gemeinsamen Bezirk. Da sind auch Kleingärten in der Nähe. Vielleicht kann man da eine Beteiligung machen. Oder nehmen Sie Südkreuz, das Südgelände, umringt von einer Kleingartenanlage. Auch da gibt es sicherlich die Möglichkeit und bereits bestehende Kooperationen. Ich finde, die können durchaus weiter wachsen. Aber eine Master-App für alle Kleingartenbesitzer in Berlin aufzulegen – oder was Sie sich da vorstellen –, da müssten Sie, glaube ich, Ihre Vorstellungen konzeptionell schon ein bisschen schärfen, damit man Ihnen da folgen kann.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Herr Hofer!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde darum bitten, dass wir – es muss auch nicht sofort sein – mal einen Bericht bekommen, was genau in Hamburg mit diesen Gemeinschaftsflächen gemacht wurde, dass uns einmal das dargestellt wird, was Sie da herausbekommen haben, was da so gelaufen ist, und Sie vielleicht mal eine Einschätzung geben, welches Potenzial wir in Berlin hätten oder was man vermuten kann, was man für ein Potenzial hätte. Vielleicht kann man da tatsächlich mal mit dem Landesverband der Gartenfreunde reden und gucken: Welches Potenzial haben wir da, um solche Gemeinschaftsflächen als Ausgleichsfläche herzurichten? Die Frage ist eben auch: Inwiefern kann man zum Beispiel, wenn man neue Anlagen schaffen würde, die man vielleicht auch schaffen muss, weil man an anderer Stelle jetzt eine Schule baut oder so, die neuen Anlagen als Ausgleichsfläche kategorisieren? Oder inwiefern geht das aktuell nicht, weil da Bundesgesetze oder was auch immer entgegenstehen? Inwiefern kann man da vielleicht eine Gesetzesinitiative anschieben? – Wir als Abgeordnetenhaus können gegebenenfalls auch eine Bundesratsinitiative anregen, oder der Senat kann diese sicherlich auch selbst starten. Das würde mich interessieren.

Das Anliegen von Herrn Goiny habe ich dahingehend verstanden, dass er praktisch so eine Art Kartierung haben möchte, also welche Pflanzen- und Artenvielfalt es in Kleingartenanlagen gibt, was diese als Beitrag für den Klimaschutz leisten, insbesondere für das Mikroklima, hinsichtlich bestimmter Arten wie Bienen usw. usf. und geschützter Tiere. Also so habe ich das verstanden – ob es da eine Erhebung gibt.

Hinsichtlich des Verlusts an Anlagen habe ich gelesen, dass bei der Rudolf-Wissell-Brücke über 60 Parzellen verloren gehen und es keine Ausgleichsfläche gibt, weil das eine Bundesmaßnahme ist. Da halte ich es schon für eine prioritäre Aufgabe, zu schauen, inwiefern man in irgendeiner Form einen Ausgleich organisieren kann.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Bis wann möchten Sie den Bericht haben?

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Da würde ich fragen, wie schnell die Verwaltung den Bericht liefern kann.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Okay, dann warten wir auf die Antwort. Aber zunächst ist Herr Goiny an der Reihe.

Christian Goiny (CDU): Genau. – Nur noch mal ein, zwei Anmerkungen zum geschätzten Kollegen Lux: Zum einen haben wir im Bezirk Steglitz, weil Sie gerade darauf rekurriert haben, die Dauerkleingartenflächen schon in den 1980er-Jahren als solche auch über B-Pläne ausgewiesen; die sind schon lange geschützt. Das war schon ein großer Erfolg, als viele sich nicht so sehr darum gekümmert haben.

Ansonsten: Das, was das Naturkundemuseum gemacht hat, haben sie nicht mit ihren Bundesmitteln oder mit ihrem riesigen Apparat gemacht, sondern es ist tatsächlich ein Projekt von einigen wenigen, die sich da teilweise ehrenamtlich engagiert haben unter Beteiligung von Bürgern. Sie haben vorhandene Apps, die es schon gibt, genutzt, um damit Dinge zu verzeichnen. Der Mehrwert, der an der Stelle auch für Kleingärten interessant wäre, wenn man so etwas machen würde, ist an dem Beispiel Nachtigallen gut erklärt. Wenn sie nämlich auf Flächen hier in Berlin leben, die wir vermeintlich als verwildert, ungeordnet betrachten, die aber tatsächlich vielleicht einen ganz hohen ökologischen Wert haben, dann ist durch solche Erfassung auch das mal festgehalten und kann Schlussfolgerungen nach sich ziehen, zum Beispiel für den Umgang mit Grünflächen, Brachflächen, Gleis- und Autobahnrandflächen, die oftmals doch besondere Lebensräume sind. Wenn man jetzt feststellt, dass bestimmte Kleingartenanlagen in ihrer Struktur besondere Rückzugsorte für gefährdete Insekten-, Amphibien- oder Vogelarten sind, dann wäre das auch ein Mehrwert an Erkenntnis. Es wäre insbesondere der Mehrwert, den man erzielen könnte, indem man die Menschen, die diese Flächen nutzen, mit einbezieht.

Insofern schließe ich an das an, was der Kollege Hofer gesagt hat, so etwas sich dann auch noch mal anzugucken unter dem Aspekt der Ausgleichsflächen. Ich meine, wir diskutieren bei Kleingärten auch immer Schutzfristen: Wie lange darf welche Kleingartenkolonie noch bleiben? – Wenn man jetzt aber zum Beispiel sagen könnte, wir haben Kleingärten, die irgendwo anders wegfallen oder wie auch immer, und dafür weisen wir eine andere Kleingartenfläche jetzt als Dauerkleingartenfläche aus, weil sie diesen Ersatzcharakter hat, dann wäre das zumindest etwas, das man mal diskutieren könnte, ohne dass ich mich jetzt abschließend darauf festlegen will. Aber ich finde, solche Ideen mal aufzunehmen, auch um unterschiedlich genutztes Stadtgrün in seiner ökologischen Bedeutung zu erfassen und zu erhalten, müsste eigentlich auch Aufgabe der Umweltverwaltung sein. Insofern fände ich es gut, wenn diese beiden Aspekte in dem Bericht auftauchen würden.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Ich habe nur eine Nachfrage ganz anderer Art, weil es im Rahmen der Kleingartenfläche jetzt auf die Gemeinflächen kam, die dort zur Verfügung stehen. Gehe ich recht in der Annahme, dass auch in Berlin genau das das Problem ist, dass die meisten Kleingartenflächen abends um 19 Uhr schließen und für die Allgemeinheit, die Menschen, die dort keinen Kleingarten besitzen, gar nicht zugänglich sind und dass sie deswegen schwerlich als Ausweichfläche geeignet sind?

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Vielen Dank! – Herr Abgeordneter Goiny hat jetzt ein Wortprotokoll zu diesem Punkt beantragt. – Ich gebe Frau Senatorin das Wort; es sind zwei Fragen – die von Frau Meister und die, wann der Bericht fertig ist –, auch wenn viel gesagt wurde.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): Den Bericht können Sie bis zum Sommer bekommen; ich sage jetzt aber vorsichtshalber nach der Sommerpause, denn wir sind ja schon relativ kurz davor, oder, Herr Wichert?

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Sommerpause 2022?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): 2022!

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Gut.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): Hören Sie mal, Frau Vorsitzende! Selbstverständlich! – Ich habe die ganze Zeit das Gefühl, dass hier – – Ich glaube, ich muss mal etwas Grundsätzliches klarstellen an dieser Stelle, unabhängig von dem Bericht, den Sie auf jeden Fall bekommen: Diese Senatsverwaltung sieht einen hohen ökologischen Wert, einen Wert auch für die Biodiversität in vielen Kleingartenanlagen, wenn sie in der richtigen Weise – – Sie hatten ein Stichwort: verwildert; das würde ich jetzt nicht unbedingt übertragen, aber ich glaube, Sie hatten gerade das Stichwort „verwildert“ gesagt, Herr Goiny! Es kommt ein bisschen darauf an; nicht jede Parzelle ist auf die gleiche Weise bewirtschaftet. Es gibt auch noch immer welche, die erstaunlich viel versiegelt sind – dafür, dass es eigentlich eine Kleingartenanlage ist; für die gilt das natürlich nicht. Es gibt aber sehr viele, die tatsächlich Raum für eine ganz große Anzahl von Insekten und Wildtieren bieten, die man sonst nicht findet, auch in einer Grünanlage womöglich in diesem Reichtum nicht findet. Insofern – unbedingt – haben sie einen hohen Wert.

Ich bitte einfach nur, Herrn Wichert eher so zu verstehen, dass wir sagen, wir argumentieren, unser Haus argumentiert auch genau mit dieser für Biodiversität, Ökologie und Artenvielfalt wichtigen Eigenschaft von Kleingärten. So argumentieren wir im Kleingartenentwicklungsplan bereits. Deswegen: Nur für unser Haus hätte es diese Untersuchung nicht gebraucht. Ich verstehe aber sehr gut, wenn Sie eher argumentieren, dass man damit noch mal eine höhere Akzeptanz für Kleingärten erzielen kann, dass man noch mal werben kann, dass man das Thema Biodiversität in dieser Stadt auf diese Weise noch mal anders angehen kann, übrigens auch mit einer breiten Allianz von Verbündeten, wenn Sie so wollen. Das verstehe ich sehr wohl. Da kann ich Ihnen auch sagen: Das diskutieren wir sehr gerne im Kleingartenbeirat, den wir in unserem Haus haben, denn ich sehe den Landesverband der Gartenfreunde, die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner als Verbündete bei diesem Thema. Es hängt aber ein bisschen davon ab – das möchte ich an der Stelle auch noch sagen –: Die Kleingartenvereine befinden sich im Wandel, und der ist auch wichtig dafür. Denn wie gesagt: Es gibt Parzellen, es gibt Anlagen, wo sehr viel für Biodiversität getan wird. Es gibt andere, da könnte man noch mal ran; die könnte man noch mal anders aufstellen. Das wollte ich nur noch mal sagen: Sie sind nicht alle automatisch ein Hort für Biodiversität, aber viele sind es, immer mehr sind es, und es gibt ein hohes Wissen bei den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern, das wir nutzen sollten.

Frau Meister! Auch das gehört zu dem Wandel, dass Kleingärten sich stärker öffnen, also Anlagen sich stärker öffnen. Denn natürlich, je nachdem, wenn die Parzellen alle geschlossen sind, hat das für die Gemeinschaft, für die Anwohnerinnen nur einen begrenzten Mehrwert, Stichwort: Ausgleichsflächen. Es gibt aber immer mehr Anlagen, in denen es eben auch Gemeinschaftsflächen gibt. Es gibt sogar Beispiele mit einer Schule oder einer Kita auf dem Gelände. Das gilt aber nicht für alle. Deswegen wollte ich sagen: Von solchen Voraussetzungen

hängt es ab, dass Kleingartenanlagen einen auch für die Gesamtgesellschaft in Berlin noch höheren Wert bekommen. Genau in die Richtung möchten wir gerne gemeinsam mit den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern gehen. Und das möchte ich hier noch mal ganz grundsätzlich gesagt haben: Ich verstehe Sie jetzt so, Herr Goiny, dass eine solche Studie einen Beitrag leisten könnte, das noch bekannter zu machen. In diesem Sinne verstehe ich das, möchte aber noch mal sagen: Da wir uns dieses Werts bewusst sind, war für uns im Haus intern jetzt keine Studie nötig, um erst zu sehen, dass sie diesen Wert haben. Das möchte ich an dieser Stelle noch mal klarmachen. Nach außen gerichtet, praktisch für die Öffentlichkeitsarbeit, kann das aber ein Baustein sein. – Den Bericht bekommen Sie trotzdem.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Vielen Dank! – Dann bekommen wir im September 2022 den Bericht. – Herr Goiny hat eine weitere Frage – bitte!

Christian Goiny (CDU): Wir wollten an der Stelle nicht über die Menschen reden, sondern über die Tiere, die da leben. Sie haben jetzt versucht, den Bogen zu spannen und das Monitoring auf die Kleingärtner zu legen. Da haben Sie ja recht – es war aber gar nicht das Thema. Wenn Sie uns dazu etwas mitteilen möchten, können Sie es machen; es war jetzt nur nicht die Frage. Die Frage bezog sich vielmehr auf die Bestandsaufnahme, was die Tierarten anbetrifft. Das hat dann einen Mehrwert dahingehend. Der Kollege Hofer und ich kommen bestimmt gerne mal zu Ihrem Kleingartenbeirat, um mit Ihnen und den ganzen Expertinnen und Experten das Thema noch mal so zu diskutieren, dass es dann auch in Ihrer Verwaltung mit der entsprechenden Liebe zum Detail bearbeitet wird. – Vielen Dank!

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt: Das setzen wir voraus, dass jede Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen und mit hoher Leidenschaft arbeitet. Ich glaube, das brauchen wir nicht noch mal zu betonen. – Trotzdem sehe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu den Berichten 48 und 49. Wir haben diese damit zur Kenntnis genommen.